

**Stellungnahme zu dem Statement von Dorothea Schmidt am 4. Februar 2021 bei der online-Versammlung des „Synodalen Weges“ und zur Reaktion der „Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands“ (kfd), die behauptet, „die Ursachen des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche“ lägen ausschließlich „in klerikalen Machtstrukturen“.**

Der Missbrauch ist ein unsägliches Leid. Darum sind eine transparente und umfassende Aufarbeitung von Missbrauch und eine gute Prävention sehr wichtig. Dabei dürfen wir im Interesse der Betroffenen und der Wahrheitsfindung auch nicht schmerzhaften oder unangenehmen Fragestellungen ausweichen. Dazu gehören Fragen nach besonderen Risiken, nach Verantwortung und Zuständigkeiten, aber auch Hinweise, die sich aus den in der Studie erhobenen Fakten ergeben. Es gilt allen auch aus der grundlegenden MHG-Studie zum Missbrauch resultierenden Fragen auf den Grund zu gehen, auch wenn diese Fragen unangenehm sind und unliebsame Antworten erbringen sollten.

Fest steht: Niemand ist automatisch homophob, der die Ausführungen in der MHG-Studie zur Kenntnis nimmt und auch weiter hinterfragt. Hier geht es gerade darum, nicht zu pauschalisieren oder gar Mitmenschen mit gleichgeschlechtlichen Neigungen einem Generalverdacht aussetzen zu wollen.

Aus allen vorliegenden Untersuchungen geht hervor, dass die überwältigende Mehrheit der geschädigten Kinder männlichen Geschlechts ist. Das besagt auch die MHG-Studie, auf die Dorothea Schmidt sich mit ihrer Frage bezog; dort heißt es wörtlich:

***„Geschlecht der Betroffenen***

*Die von sexuellem Missbrauch Betroffenen waren zu 62,8 Prozent männlichen und zu 34,9 Prozent weiblichen Geschlechts. Bei 2,3 Prozent fehlten Angaben zum Geschlecht (TP6). Eine Häufung männlicher Betroffener fand sich auch in den Analysen von Teilprojekt 2 (76,6 %) sowie von Teilprojekt 3 (80,2 %). Das deutliche Überwiegen männlicher Betroffener unterscheidet sich vom sexuellen Missbrauch an Minderjährigen in nicht-kirchlichen Kontexten.“ (S.6, MHG-Studie)*

Wäre Klerikalismus die Ursache, müsste die Übergriffigkeit im kirchlichen Bereich betreffend die Täterprofile sich anlog zu der entsprechenden Kriminalität in der Gesamtgesellschaft verhalten, in der es aber gegenüber den männlichen Opfern klerikaler Täter einen übergroßen Anteil weiblicher Opfer gibt. Dies aber ist gerade nicht der Fall; in der Katholischen Kirche ist vorrangig gleichgeschlechtliche Vergewaltigung mit männlichen Opfern in einem bestimmten Alter festzustellen (vgl. MHG-Studie, S. 261).

Die Erklärungen, die die MHG-Studie im Folgenden gibt, sind nicht ausreichend überzeugend und zudem unzureichend. Sie stellen eine Basis zur Diskussion da, wie auch die Studie zugibt: „Mehrere Faktoren können hier diskutiert werden.“ (S. 11, MHG-Studie)

Genau diese Diskussion der Faktenlage wollte Dorothea Schmidt anregen. Im Zuge einer lückenlosen Aufarbeitung müssen auch Unklarheiten, Unstimmigkeiten und unangenehme Aspekte hinterfragt und zur Diskussion gestellt werden dürfen. Denn wenn Missbrauch ernsthaft bekämpft werden soll, ist es wichtig, Fragen stellen zu dürfen und die von der MHG-Studie vorgegebenen Faktoren zu diskutieren. Auch der „Synodale Weg“ ist den Betroffenen eine grundlegende Aufarbeitung schuldig.

Ein offener Umgang auch mit dem Thema Homosexualität wäre deshalb wünschenswert. Es darf keine Frage-Verbote geben. Vielmehr gehört zu einer umfassenden Aufklärung auch und besonders das Fragendürfen, ja – das Fragenmüssen. Das Ernstnehmen jeder sachlichen Frage gehört zu einem offenen synodalen Diskurs fundamental dazu. Hier müssen sich alle um Sachlichkeit, Gründlichkeit und Wahrhaftigkeit bemühen. Dazu ist eine weitere, vertiefte wissenschaftliche Untersuchung notwendig. Es darf keine Frageverbote geben. Und sollte es innerhalb der Kirche ein erkenntnisverhinderndes Interesse oder sogar Netzwerke mit diesen Absichten geben, die eine weitere Aufklärung verhindern wollen, dann muss auch darüber offen gesprochen werden. Eine Cancel-Culture, in der Fragen aufgrund vermeintlicher und vorgeschobener political correctness nicht gestellt werden dürfen, verhindert eine ehrliche Aufarbeitung. Dann würde man sich noch einmal der gleichen Mechanismen des Wegschauens und Vertuschens bedienen, die aktuell der Kirche vorgeworfen werden – nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Sahra Wagenknecht (Die Linke) hat just am 1. Februar 2021 in einem Interview mit „Die Welt“ gesagt: *„...Man muss aufhören, Debatten zu moralisieren oder bewusst darauf auszurichten, Leute niederzumachen. Alle (...) sollten die Fähigkeit zurückgewinnen, mit Anstand und Respekt zu diskutieren.“* Da ist Frau Wagenknecht zuzustimmen.